

MAGAZIN

HAMBACHER WALD VORERST GERETTET

Rodungsstopp nach BUND-Klage

RHEINNIEDRIGWASSER
BRINGT PROBLEME

Folgen des Klimawandels

KAMPF GEGEN
GIFTGASLEITUNG

BAYER will CO-Pipeline

durchsetzen

BRAUNKOHLENTAGEBAU HAMBACH

RODUNGSSTOPP IM HAMBACHER WALD

Was als Demonstration gegen die Rodung des Hambacher Waldes geplant war, wurde zu einem Festival der Freude. 50.000 Menschen feierten den juristischen Erfolg des BUND.

Es war die größte Kundgebung, die das Rheinische Braunkohlenrevier je gesehen hat. Erst einen Tag zuvor hatte der BUND mit dem Rodungsstopp einen wichtigen Etappensieg errungen. Und auch die Demo stand bis zuletzt auf der Kippe.

RODUNGSSTOPP IN LETZTER SEKUNDE

Seit Jahren kämpft der BUND politisch und juristisch gegen die Fortführung des Braunkohlentagebaus Hambach und für den Erhalt des einzigartigen Eichen-Hainbuchenwaldes mit seinen vielen seltenen Tierarten. Gleich drei Klagen führen wir derzeit, um die 550 Hektar Restwald vor dem Tagebau zu retten. Die Klage gegen den Hauptbetriebsplan für den Tagebau brachte jetzt im Eilverfahren den wichtigen Erfolg. Was war passiert?

Nachdem der BUND bereits im letzten Jahr ein Aussetzen der Rodungen erwirkt hatte, erteilte das Land NRW am 29. März 2018 eine neue bergrechtliche Zulassung und ordnete zugleich deren sofortige Vollziehung an. Gegen die Zulassung legte der BUND Klage ein und beantragte parallel die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage. Das Verwaltungsge-

richt Köln wies den Antrag ab, weshalb wir unmittelbar Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht (OVG) einlegten. Derweil rückte der Beginn der Rodungssaison am 1. Oktober immer näher. Deshalb forderte das OVG den Kohlekonzern RWE auf, eine Stillhalteerklärung bis zum 14. Oktober abzulegen. Damit sollte verhindert werden, dass schon vollendete Tatsachen vor einem Gerichtsentscheid geschaffen werden. RWE folgte dem, handelte aber nicht danach.

LAND MISSACHTET GERICHT

Unterstützt von der Landesregierung, die unter dem abseitigen Vorwand des Brandschutzes und mit einem einzigartigen Polizei-Großaufgebot die Baumhausräumung im Wald durchsetzte, wurden Waldwege zu befestigten Pisten ausgebaut und Lichtungen in den Wald geholt. „RWE versucht über Bande mit der Landesregierung weiter Fakten im Wald zu schaffen“, kritisierte Thomas Krämerkämper, stellvertretender Landesvorsitzender des BUND das Vorgehen.

Derweil nahmen die friedlichen Proteste gegen dieses Vorgehen zu. Tausende Menschen kamen Woche für Woche in



den Wald, um ihre Solidarität zu zeigen. Am 5. Oktober war der Jubel dann groß. Das Oberverwaltungsgericht gab dem BUND Antrag statt und verhängte einen Rodungsstopp. Es müsse geklärt werden, so das Gericht, ob der Hambacher Wald wegen der Vorkommen der Bechsteinfledermaus oder des großen Mausohrs oder des Lebensraumtyps des dortigen Waldes dem Schutzregime für „potentielle FFH-Gebiete“ unterfalle. Solange dürften keine vollendeten, nicht rückgängig zu machenden Tatsachen geschaffen werden. Die Bezirksregierung Arnsberg und die RWE Power AG hätten auch nicht belegen können, dass die sofortige Rodung im In-



FOTOSTRECKE

Bilder der Hambach-Demo unter:
www.bund-nrw.de/hambi-demo





50.000 Menschen feierten mit dem BUND den Rodungsstopp im Hambacher Wald.

teresse des Gemeinwohls notwendig sei, weil anderenfalls die Energieversorgung bundes- oder landesweit nicht mehr gewährleistet wäre. Damit hat sich der BUND mit seiner in vielen Schriftsätzen vorgetragenen Argumentation durchgesetzt.

"Die Entscheidung des Gerichts ist eine krachende Niederlage für RWE und die Landesregierung", kommentierte BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen die Entscheidung. Auch wenn jetzt noch die Entscheidung im Hauptsacheverfahren aussteht, sei das Urteil eine "Zäsur in Nordrhein-Westfalen".

Diese Einschätzung wird von vielen Expert*innen geteilt. Niemand glaubt mehr daran, dass der Tagebau Hambach wie geplant realisiert werden wird. Zumal die so genannte Kohle-Kommission derzeit über einen beschleunigten Braunkohlenausstieg berät.

GROSSDEMO MIT HINDERNISSEN

Der Tag des Gerichtsentscheids, der 5. Oktober, war aber auch in anderer Hinsicht bemerkenswert. Gemeinsam mit campact, Greenpeace und den Natur-Freunden Deutschlands hatte der BUND für den 6. Oktober eine Großkundgebung

am Hambacher Wald angemeldet. RWE und die örtlichen Ordnungsbehörden setzten alles daran, diese Demonstration zu verhindern. Am späten Donnerstagabend, zwei Tage vor dem Event, erließ dann der Aachener Polizeipräsident trotz Vorlage eines umfassenden Sicherheits- und Verkehrskonzepts eine Verbotsverfügung. Dieses Verbot sei erforderlich, um Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auszuschließen, so die Begründung. Der Trägerkreis der Demo sah darin einen Angriff auf die Versammlungsfreiheit und zog vor Gericht. Am Freitagnachmittag hob das Verwaltungsgericht Aachen das Demo-Verbot dann auf. Nur aufgrund eines ungeheuren nächtlichen Kraftaktes konnte die Demo dann pünktlich am 6. Oktober beginnen.

Und wie! Allen, die dabei waren, wird dieses bunte, friedliche und fröhliche Happening in Erinnerung bleiben. Die Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland erteilten damit auch allen Versuchen, den Braunkohlen-Widerstand zu kriminalisieren, eine deutliche Absage. Spätestens jetzt ist der Kohle-Protest in der Mitte der Bevölkerung angekommen. Die Politik wird das nicht weiter ignorieren können.

"KOHLE STOPPEN"

Großdemo

Sa., 1.12.2018, 12 Uhr

Deutzer Werft, Köln

Im Dezember geht es gleich doppelt ums Klima: Beim Weltklimagipfel in Polen und in der Kohle-Kommission in Berlin. Während die Welt über die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens verhandelt, entscheidet sich in Berlin, ob Deutschland seine Versprechen wahr macht – und schnell aus der Kohle aussteigt. Deshalb gehen wir wieder auf die Straße. Zeitgleich in Berlin und Köln. Seien Sie dabei!

Infos: www.klima-kohle-demo.de



RWE IM FAKTEN-CHECK

Mit falschen Behauptungen zum Tagebau Hambach versucht RWE, die Öffentlichkeit zu beeinflussen.

Kaum hatte der BUND den Rodungsstopp im Hambacher Wald erwirkt, kamen die Weltuntergangs-Meldungen von RWE. Der Tagebau stünde bald still, Tausende würden ihren Job verlieren, der Hambacher Wald sei so oder so verloren. Doch was ist wirklich dran an solchen Szenarien?

Der BUND hat die Tagebaugenehmigungen akribisch analysiert. Das Ergebnis: Auch ohne einen einzigen weiteren Baum zu fällen, kann RWE den Tagebau für viele Jahre weiter betreiben. Denn schon jetzt drosselt RWE ohnehin die Kohleförderung, da fünf Kraftwerksblöcke bis 2019 in die so genannte Sicherheitsbereitschaft gehen. Durch eine andere Abbauführung kann der schon existierende große zeitliche und räumliche Puffer weiter vergrößert werden. Auch das absurde Argument, der Wald müsse wegen des Massendefizits allein schon deshalb



BUND-Presskonferenz zum Hambacher Wald.

weichen, um die Kohlegrube ordnungsgemäß rekultivieren zu können, wurde vom BUND als Fake News entlarvt.

Letztendlich aber ist die zentrale Frage, wie viel Kohlestrom wir uns aus Klimaschutzgründen überhaupt noch leisten können. Dazu hat der BUND beim Öko-Institut ein Gutachten in Auftrag gegeben. Danach dürfen nur noch zwischen sechs und 12 Prozent der Hambach-Kohle ver-

stromt werden. Gleiches gilt für den Tagebau Garzweiler. Dort sind weitere Umsiedlungen nicht mehr zu rechtfertigen.

Kohle-Kommission und Politik sind jetzt gefordert, einen schnellen Kohleausstieg einzuleiten.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/hambach

"NICHT IM ALLGEMEINWOHLINTERESSE"

Rechtsanwalt Dirk Teßmer vertritt seit vielen Jahren die BUND-Klagen gegen Braunkohlentagebaue vor Gericht. Wir fragten ihn nach der Reichweite der aktuellen Hambach-Entscheidung.

Der OVG-Beschluss schlug ein wie ein Paukenschlag. Haben Sie damit gerechnet?

Wir haben sehr gute Argumente, und ich bin fest davon überzeugt, dass eine Rodung des Hambacher Waldes rechtswidrig wäre. Aber man tut gut daran, sich seiner Sache nie zu sicher zu sein. Als das Fax mit der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts einging, war ich schon sehr angespannt.

Täuscht der Eindruck, dass zunehmend die Gerichte politische Fehlentwicklungen korrigieren?

Das kann man so nicht sagen. Ich bin sehr froh, dass wir in einem Rechtsstaat leben, in dem unabhängige Gerichte Entscheidungen nach Recht und Gesetz treffen, die sich nicht davon beeinflussen lassen, was Landesregierungen oder ein Großkonzern für Vorstellungen haben.

Der Wald ist damit noch nicht endgültig gerettet. Wie geht es weiter?

Wir müssen vom vorläufigen Rodungsstopp zu einem vorzeitigen Auslaufen des Tagebaus vor dem Hambacher Wald kommen. Wir führen für den BUND hierzu mehrere Klageverfahren gegen bergrechtliche Genehmigungsbescheide, die teils vor dem Verwaltungsgericht Köln, teils vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängig sind. Insbesondere bei der Klage des BUND gegen die Enteignung seines in der Nähe des Waldes gelegenen

Grundstücks geht es auch darum, dass die Fortsetzung des Tagebaus nicht im Allgemeinwohlinteresse liegt, sondern ganz im Gegenteil ein überwiegendes öffentliches Interesse an einem Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung zur Erreichung der Klimaschutzziele besteht. Daher halten wir die Enteignung des BUND nicht nur für rechts-, sondern für verfassungswidrig.



Foto: Dirk Jansen

FOLGEN DES KLIMAWANDELS

DER VATER RHEIN LEIDET

Hitzestress auch für unsere Gewässer. Das Niedrigwasser führt zu steigenden Temperaturen und höheren Schadstoff-Konzentrationen. Wann handelt die Politik?



Foto: Dirk Jansen

Der Rhein bei Düsseldorf im Oktober 2018.

Die monatelange Hitzewelle und ausbleibende Niederschläge gaben diesen Sommer schon einen Vorgeschmack darauf, was viele Klimatolog*innen für die Zukunft als Normalzustand prognostizieren. Für die Gewässerqualität bringt das große Probleme.

KRITISCHE WASSERTEMPERATUREN

Im Sommer schlug der BUND Alarm: Woche für Woche stiegen die Temperaturen in unseren Gewässern an, und im Rhein wurde die kritische Schwelle von 28 Grad Celsius erreicht und zum Teil sogar überschritten. "Spätestens ab dieser Temperatur treten ernste Schädigungen der Gewässerbiologie auf, besonders kritisch wird es für Wanderfischarten wie Lachs und Maifisch", warnte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. In zahlreichen kleineren Gewässern kam es in der Folge zu veheerenden Fischsterben.

Verschärft wird das Problem durch zusätzliche Wärmefrachten. Entlang der 226 Flusskilometer der nordrhein-westfälischen Rheinstrecke zwischen Bad-Honnef und Kleve-Bimmen liegen zahlreiche Betriebe, die mit ihren Kühlwassereinleitungen für zusätzliche Belastungen sorgen. Neben Kohle-, aber auch Gaskraftwerken sind dies vor allem Chemiebetriebe. Wird das kritische Temperaturniveau überschritten, müssten eigentlich die vorbereiteten Managementpläne zum Herunterfahren der Kraftwerke aus den Schubladen der Länderbehörden und Energieversorger geholt werden. Doch das bleibt dank großzügiger Ausnahmeregelungen die Ausnahme. Ein Unding, findet der BUND.

HÖHERE SCHADSTOFF-KONZENTRATIONEN

Mit dem dauerhaft niedrigen Abfluss des Rheins steigen auch unweigerlich die Schadstoff-Konzentrationen. „In Extremwetterlagen muss deshalb alles daran gesetzt werden, vor allem die besonders problematischen Schadstoffeinleitungen zu unterbinden“, sagt Paul Kröfges, Gewässerexperte des BUND.

Verschärft wird die Situation zudem durch illegale Einleitungen. So gab es im Herbst am Niederrhein über Wochen hinweg Grenzwertüberschreitungen beim Lösemittel 1,4-Dioxan. Ursache dafür sind illegale Einleitungen.

Gewerbe und Industrie sowie die Betreiber von Kläranlagen sieht der BUND jetzt in der Pflicht, zusätzliche Maßnahmen zum Gewässerschutz zu ergreifen. „Die Hersteller wasserbelastender Stoffe müssen endlich alle Daten ihres Abwassers offenlegen und die betrieblichen Vorkehrungen zur Rückhaltung in Niedrigwasserzeiten verstärken“, so Kröfges. Kläranlagenbetreiber sollten eine weitere Reinigungsstufe erhalten.

Doch auch der einsetzende Regen ist nicht ohne Gefahr. Dann nämlich droht mit dem so genannten Spülstoß eine richtige Welle an Schadstoffen, die sich während der Trockenheit über Monate hinweg auf Straßen, Plätzen, Gebäuden und in Teilen der Kanalisation abgelagert haben, in die Gewässer gespült zu werden.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/wasser



Foto: Roland Lang

RECHT AUF SAUBERE LUFT

Unter dem Motto "Wir erobern uns die Stadt zurück" besetzten mehr als 250 Radler*innen kurzerhand die vielbefahrene Corneliusstraße in Düsseldorf. Zu der Aktion aufgerufen hatte der BUND gemeinsam mit dem ADFC und dem VCD.

"Blech wech", "Tut endlich was" oder "Abgase töten" war auf den Plakaten der Aktivist*innen zu lesen. Mit der Einrichtung einer temporären Fahrradspur verliehen sie ihrer Forderung nach einer umweltfreundlichen Mobilität Nachdruck. "Die Verantwortlichen in Stadt und Bezirksregierung sollen endlich den Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auf saubere Luft durchsetzen und einen wirksamen Luftreinhalteplan aufstellen", so Dirk Jansen vom BUND. Der Appell zeigte aber noch keine Wirkung. Der von der Bezirksregierung vorgelegte Entwurf des Luftreinhalteplans ist eher ein Aufruf zum Rechtsbruch. Mit den vorgesehenen halbherzigen Maßnahmen würde eine Einhaltung der Stickstoffdioxid-Grenzwerte frühestens 2024 erreicht. Letztendlich werden also wieder die Gerichte entscheiden müssen. Fahrverbote für Diesel-PKW sind damit vorprogrammiert.



FOTOSTRECKE

Bilder von der Aktion unter:
www.saubere-luft-duesseldorf.de



Foto: Dirk Jansen

Schon mehr als 10 Jahre kämpfen Anwohner*innen und Verbände gegen die Pipeline.

UMSTRITTENE GIFTGASRÖHRE

Die Bezirksregierung Düsseldorf startet einen weiteren Versuch, die CO-Pipeline zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen nachträglich durchzudrücken. Dagegen wehrt sich der BUND mit einer Klage.

Farblos, geruchlos, tödlich

Kohlenmonoxid (CO) ist ein unsichtbares Giftgas, das dazu noch geruchlos ist. So können Betroffene nicht wahrnehmen, dass sie durch das Gas „ersticken“. Da CO sich in der Luft nicht verflüchtigt, sondern bodennah ausbreitet, ist jeder Austritt des Gases eine tödliche Gefahr für Mensch und Tier. Deshalb wehrt sich eine ganze Region seit Jahren erfolgreich gegen die Inbetriebnahme der 67 Kilometer langen Giftgasröhre.

Jetzt zieht auch der BUND gegen die Pipeline vor Gericht. Mit einer beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eingereichten Klage gegen den Planänderungsbeschluss zum Planfeststellungsbeschluss der CO-Pipeline wollen wir die Inbetriebnahme dauerhaft stoppen.

Der Planänderungsbeschluss war von der Bezirksregierung Düsseldorf erlassen worden und sieht unter anderem die Verlegung einer zusätzlichen Schutz-Matte und Änderungen während der Bauaus-

führung vor. Trotzdem stuft der BUND die Risiken als weiterhin unbeherrschbar ein.

Ursprünglich von Bayer Material Science beantragt und gebaut, ist inzwischen Covestro der Eigentümer der Pipeline. Bayer hatte sich in den Jahren 2007 bis 2011 bei den Bauausführungen an mehreren hundert Stellen über die Planvorgaben hinweggesetzt. Im Ergebnis wurde nicht ein Kilometer entsprechend der genehmigten Planung gebaut.

„Dieser Pfusch am Bau hat dazu beigetragen, dass Bayer im Jahr 2012 einen umfangreichen Planänderungsantrag einreichen musste“, sagt Dieter Donner von der BUND-Regionalgruppe Düsseldorf. „Doch trotz mehr als 24.000 Einwendungen dagegen hat die Bezirksregierung jetzt alle Abweichungen genehmigt. Der jetzt ergangene Planänderungsbescheid enttäuscht auf ganzer Linie.“

Neben dem BUND klagen auch betroffene Landwirte und Privatpersonen. Der Dauerstreit um die Röhre geht damit in die nächste Runde.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/co-pipeline



NOTIZEN AUS DEM BUND NRW



Exkursion zum Abschluss der "Naturschutztage am Rhein 2018".

NATURSCHUTZTAGE AM RHEIN

Zum vierten Mal fanden Anfang September die „Naturschutztage am Rhein“ statt. 2014 vom BUND-Landesarbeitskreis Wasser initiiert, haben sich die Naturschutztag mittlerweile fest etabliert. Dieses Jahr tagten die Expert*innen beim Bundesamt für Naturschutz in Bonn.

Hochkarätig besetzt und eingebettet in das Forum der großen Deutschen Umweltverbände zur Umsetzung der europäischen Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL) gab es interessante Vorträge und intensive Debatten darüber, wie und ob der „gute ökologische und chemische Zustand der Gewässer und des Grundwassers“ bis

spätestens 2027 erreicht wird. Offensichtlich reichen die bisherigen Anstrengungen nicht, da waren sich die Gewässerschützer*innen einig: Mehr Geld und mehr Personal, aber auch öffentlicher Druck auf Politiker und Verwaltungen auf allen Ebenen ist erforderlich. Übereinstimmung bestand vor allem darin, dass die strengen Ziele und der Zeithorizont der WRRL beim anstehenden „Fitness Check“ der EU nicht aufgeweicht werden dürfen.



MEHR ZUM THEMA

www.naturschutztageamrhein.de

Langenfeld summt

In Zeiten von Kieswüsten in Vorgärten und alarmierenden Insektensterbens brauchen wir engagierte Gruppen, die dem entgegenwirken.

Wie zum Beispiel die BUND-Ortsgruppe in Langenfeld. Gemeinsam mit der Stadt und anderen Naturschutzverbänden wurde die Aktion "Langenfeld summt" ins Leben gerufen. Ziel war es, mehr Blühpflanzen in Privatgärten als Nahrung für Insekten zu bringen. Hierzu wurden Saatgutmischungen zusammengestellt und in Handarbeit in circa 1.700 etikettierte Tüten abgefüllt. Sie wurden im Frühjahr kostenlos mit Informationsmaterial - unter anderem über den Pestizideinsatz und seine Auswirkungen auf die Natur verteilt. Über die Medien wurde die Verteilaktion in fünf Stadtteilen bekannt gemacht - mit Erfolg! Der Zulauf war groß; es ergaben sich viele anregende Gespräche mit den BUND-Aktiven. Im Oktober wurden dann von einer Jury die besten naturnahen Gärten prämiert und Preise vergeben. Zum Nachahmen empfohlen!



Foto: Andreas Voss / Stadt Langenfeld

SCHUTZ DES TRINKWASSERS

Seit zehn Jahren setzt sich die vom BUND initiierte „Initiative Trinkwasser“ Warstein/Kallenhardt für den Erhalt der eigenen Wasserquellen hochwertigen Tiefenwassers ein - Glückwunsch!

Man könnte auch sagen: So lange schon kämpft der Verein gegen die Steinbruchbetriebe vor Ort, die mit dem Abbau weiter in die Tiefe vordringen wollen. Die beiden Orte sind nämlich reich an gleich

zwei wertvollen Rohstoffen: zum einen an hochwertigem Kalkstein und zum anderen an reinstem Wasser aus bis zu 500 m Tiefe. Und das „graue Gold“ lagert eben unterhalb der Grundwassergrenze sowie in unmittelbarer Nähe zu den Wasserentnahmestellen – da ist ein in dieser Deutlichkeit einmaliger Konflikt vorprogrammiert. Die Initiative richtet sich jetzt auf weitere zehn Jahre Kampf ums Wasser ein.



IHR ANSPRECHPARTNER

W. Braukmann, Initiative Trinkwasser

info@initiative-trinkwasser.de

www.ini-trinkwasser.de



30 Jahre BUND in Gütersloh

Beherzt, hartnäckig, rein ehrenamtlich - seit 30 Jahren engagieren sich BUND-Aktive im Kreis Gütersloh für Natur und Umwelt.

Ob Widerstand gegen die A 33, Kinderökologietage, BUND-Kindergruppe und andere Angebote für junge Menschen, Amphibienschutz, Streuobstwiesenpflege, Pflanzentauschbörse, unzählige Stellungnahmen und Presseartikel, seit 1998 die jährliche Herausgabe der BUNDSchau, die Mobilisierung und Teilnahme an der Agardemo ‚Wir haben es satt‘ in Berlin und vieles mehr: Das Spektrum an Aktivitäten ist bis heute sehr breit.

Ein ganz besonderes Projekt ist der BUND-Walderlebnispfad. Die Idee, entlang eines rd. 3 km langen Weges mitten im Wald junge Menschen an den Lebensraum Wald heranzuführen - zu allen Jahreszei-

ten und mit allen Sinnen, findet seit nunmehr 20 Jahren großen Anklang.

Auf all dieses wurde nun in einer Feierstunde in Werther zurückgeblickt. Eine Talk-Runde mit Aktiven aus drei Jahrzehnten - moderiert von Landesvorstand Adalbert Niemeyer-Lüllwitz - machte deutlich: Umwelt- und Naturschutz lebt vom Mitmachen, vom gemeinsamen Anpacken und der Lust, den Mund aufzumachen und sich zusammen mit anderen einzumischen. Fazit: Auch wenn nicht alles erreicht werden konnte, es hat sich gelohnt! Der Landesvorsitzende Holger Sticht dankte allen vor Ort für ihren großen Einsatz und die beachtliche Ausdauer.



KONTAKT
bund.guetersloh@bund.net



Raus in die Praxis!

Mit seinen Landpartien sucht der BUND immer wieder auf's Neue den intensiven Austausch mit der Landwirtschaft.

Der letzte Ausflug führte zu einem Biohof im Hamm. Neben Ackerbau und Tierhaltung standen auch ganz praktische Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes auf den Betrieb im Fokus. Hieran schloss sich ein hoch informativer und lebendiger Austausch bei Bioland NRW an: Wohin entwickeln sich Erzeugung und Vermarktung im Ökolandbau? ‚Bio‘ boomt seit langer Zeit, viele Verbraucher*innen möchten sich aus umwelt- und tierschutzgerechter Erzeugung ernähren – doch warum geht es bei Betrieben und Anbaufläche nur recht langsam voran? Was sind die Hemmnisse, wo liegen Chancen, was muss sich politisch konkret ändern, damit sich der Öko-Anbau schneller ausweitert? Es gab vieles zu besprechen - Fortsetzung folgt!



AKTIV AUF FACEBOOK



Der BUND NRW ist auf Facebook und tauscht sich dort mit seinen Freund*innen zu aktuellen NRW-Themen des Natur- und Umweltschutzes aus.

Lust auf Dialog? Dann folgen Sie uns und werden Teil der Community! Wir freuen uns über meinungsstarke Unterstützer*innen!



WERDEN SIE BUND NRW-FREUND*IN
www.facebook.com/bund.nrw



IHR ANSPRECHPARTNER

Ralf Bilke, BUND-Agrarreferent
T. 0211 / 30 200 5-20
ralf.bilke@bund.net

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211 - 30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de

Redaktion und Layout: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211 - 30 200 522, dirk.jansen@bund.net
Auflage: 22.700; **Druck und Versand:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen

BUND-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0

Hinweis: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das **BUND-Magazin** erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.12.2018, © BUND NRW e.V., November 2018